

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: aallamode@giessen.de

Datum: 25.09.2006

N i e d e r s c h r i f t

der 2. Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses

am Montag, dem 26.06.2006,

Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.

Sitzungsdauer: 19:00 - 22:27 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Jörg Asboe

(in Vertretung für Stv. Zörb)

Herr Diedrich Backhaus

Frau Anja-Verena Helmchen

Herr Klaus Peter Möller

Herr Dieter Scholz

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Astrid Eibelshäuser

Vorsitzende

Herr Klaus-Philipp Lange

Herr Johannes Loheide

Herr Burkhard Schirmer

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Dr. Wolfgang Deetjen

Herr Klaus-Dieter Grothe

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Janitzki

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Frau Annette Greilich

(in Vertretung für Stv. Scherer)

Außerdem:

Frau Dietlind Grabe-Bolz

SPD-Fraktion

(bis 21:35 Uhr)

Herr Mehmet Tanriverdi

SPD-Fraktion

(bis 21:55 Uhr)

Herr Christian Otto

Fraktion Bündnis 90/Die

(bis 20:43 Uhr)

Frau Dr. Bettina Speiser	Grünen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	(bis 21:15 Uhr)
Herr Michael Beltz	Die Linke.Fraktion	(bis 19:59 Uhr)
Herr Kenneth Pukownick	Die Linke.Fraktion	(bis 20:20 Uhr)
Herr Tjark Sauer	Die Linke.Fraktion	(bis 22:20 Uhr)
Herr Johannes Zippel	FW-Fraktion	(ab 19:24 Uhr bis 21:15 Uhr)

Vom Magistrat:

Herr Dr. Volker Kölb Stadtrat

Von der Verwaltung:

Frau Gabriele Freund	Leiterin Kämmerei	
Herr Hartmut Rücker	Stellv. Leiter Hochbauamt	(bis 21:55 Uhr)
Herr Christoph Zörb	Dezernat I	(bis 21:55 Uhr)

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth	Büroleiter, Schriftführer
Frau Andrea Allamode	Stellv. Schriftführerin

Entschuldigt:

Herr Carsten Zörb	CDU-Fraktion
Herr Harald Scherer	FDP-Fraktion

Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Vorsitzende merkt an, dass der Sozialausschuss die Vorlage STV/0162/2006 - Rede- und Antragsrecht des Ausländerbeirates in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung - an den HFWR-Ausschuss verwiesen habe, da dies der zuständige Ausschuss zur Beratung und Beschlussfassung sei. Sie schlägt vor, die Vorlage als neuen Tagesordnungspunkt 20 zu behandeln. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Außerdem weist sie darauf hin, dass zwei Magistratsvorlagen zur Beratung auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen werden sollen. Es handelt sich um die nachfolgenden Vorlagen:

- ❖ Änderung der Richtlinien des Gießen-Passes, Antrag des Magistrats vom 22.06.2006, STV/0192/2006 und

- ❖ Rückabwicklung von Zahlungen im Rahmen von Kapitalanlagen und Darlehen über den Finanzmakler Koch, Antrag des Magistrats vom 21.06.2006, STV/0189/2006.

Stv. Sauer schlägt aufgrund der anwesenden Zuschauer vor, die Tagesordnungspunkte 17 und 18 (Proteste der Studierenden) zu Beginn der Tagesordnung nach TOP 1 - Bürgerfragestunde - zu behandeln. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Stv. Janitzki sieht keine dringende Notwendigkeit, die Vorlage: Änderung der Richtlinien des Gießen-Passes - STV/0192/2006 - auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu nehmen. Die Beratung und Beschlussfassung könne durchaus auch nach der Sommerpause erfolgen.

Vorsitzende lässt über die Aufnahme der Vorlage STV/0192/2006 auf die Tagesordnung abstimmen. Bei Stimmenthaltung der Die Linke.Fraktion wird einstimmig beschlossen, dass die Vorlage in der Sitzung beraten wird.

Die Vorlage soll auf Vorschlag der Vorsitzenden als neuer TOP 21 behandelt werden. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die Vorlage STV/0189/2006 soll auf Vorschlag der Vorsitzenden als neuer TOP 31 im nichtöffentlichen Teil behandelt werden. Auch dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Stv. Janitzki beantragt, dass die Tagesordnungspunkte 25 - 30, die für die nicht öffentliche Sitzung vorgesehen sind, in öffentlicher Sitzung behandelt werden.

Stv. Greilich spricht formal gegen diesen Antrag.

Vorsitzende lässt über den Antrag von Stv. Janitzki abstimmen.

Der Antrag, die Tagesordnungspunkte 25 - 30 in öffentlicher Sitzung zu beraten, wird mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/SPD/GR/FDP; Ja: LINKE)

Nachdem keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgetragen werden, stellt **Vorsitzende** fest, dass die Tagesordnung in der geänderten Form beschlossen ist.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

2. Proteste der Studierenden
- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2006 - STV/0170/2006
3. Proteste in Gießen gegen die Studiengebühren
- Antrag der Die Linke-Fraktion vom 13.06.2006 - STV/0172/2006
4. Wahl von Stadtverordneten für städtische Kommissionen
- Antrag des Magistrats vom 07.06.2006 - STV/0142/2006
5. Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds
der Regionalversammlung für die Planungsregion
Mittelhessen
- Antrag des Magistrats vom 07.06.06 - STV/0143/2006
6. Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in
des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für die
Verbandsversammlung des Kommunalen
Gebietsrechenzentrums Kommunale
Informationsverarbeitung in Hessen (KGRZ KIV in Hessen)
- Antrag des Magistrats vom 07.06.2006 - STV/0144/2006
7. Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in
des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für die
Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes
Gießen
- Antrag des Magistrats vom 07.06.2006 - STV/0145/2006
8. Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in
des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für die
Verbandsversammlung des Wasserverbandes Kleebach
- Antrag des Magistrats vom 07.06.2006 - STV/0146/2006
9. Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in
des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für den
Verbandsvorstand des Zweckverbandes Mittelhessische
Wasserwerke
- Antrag des Magistrats vom 08.06.2006 - STV/0147/2006
10. Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in
des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für die
Verbandsversammlung des Wasserverbandes Lahn-Ohm
- Antrag des Magistrats vom 08.06.2006 - STV/0148/2006

- | | | |
|-----|---|---------------|
| 11. | Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke
- Antrag des Magistrats vom 08.06.2006 - | STV/0149/2006 |
| 12. | Wahl von stimmberechtigten Mitgliedern und deren Stellvertreter/innen für den Jugendhilfeausschuss nach der Satzung für das Jugendamt der Universitätsstadt Gießen | STV/0153/2006 |
| 13. | Übertragung der Zuständigkeit für Abwasserentsorgung im Geltungsbereich des Bebauungsplans "Auf der Hardt" auf die Gemeinde Heuchelheim
- Antrag des Magistrats vom 30.05.2006 - | STV/0124/2006 |
| 14. | Empirische Untersuchung der niedrigen Wahlbeteiligung (Kommunalwahl 2006)
- Antrag der SPD-Fraktion vom 10.05.2006 - | STV/0069/2006 |
| 15. | Kostenfreies letztes Kindergartenjahr
- Antrag der FW-Fraktion vom 07.06.2006 - | STV/0151/2006 |
| 16. | Aktionsplan nach § 47 Abs. 2 BimSchG
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 13.06.2006 - | STV/0158/2006 |
| 17. | Internetübertragung der Stadtverordnetenversammlung
- Antrag der FW-Fraktion vom 07.06.2006 - | STV/0166/2006 |
| 18. | Vermarktung der freiwerdenden gewerblich nutzbaren Flächen im US-Depot
- Antrag der FW-Fraktion vom 07.06.2006 - | STV/0167/2006 |
| 19. | Genehmigung einer überplanmäßige Ausgabe gemäß § 100 HGO - Amt 65 -
- Antrag des Magistrats vom 7. Juni 2006 | STV/0066/2006 |
| 20. | Rede- und Antragsrecht des Ausländerbeirates in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung
- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2006 | STV/0162/2006 |
| 21. | Änderung der Richtlinien zum Gießen-Pass
- Antrag des Magistrats vom 22.06.2006 - | STV/0192/2006 |

Die beiden nachfolgenden Tagesordnungspunkte werden dem Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss zur Kenntnis gegeben:

22. Über- und außerplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr 2005 bis 10.000,00 EUR STV/0136/2006
- Antrag des Magistrats vom 06.06.06 -
23. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 100 HGO (Gartenamt) STV/0139/2006
- Antrag des Magistrats vom 06.06.06 -
24. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

• **Frage von Frau Irene von Lewinski:**

„In welcher Form und wann wird nun endlich den Bürgern des Gießener Stadtteils Petersweiher die Fahrpreisdifferenz zum Stadttarif erstattet?“

Gelder hierzu wurden in den Haushalt für das Jahr 2005 eingestellt, siehe Magistratsänderungsliste Punkt 15.1.“

Antwort Stadtrat Dr. Kölb:

„1. Sach- und Rechtslage:

Für die Zeitkarten besteht seit rund 20 Jahren eine praktikable Regelung, für die von den SWG an den VVG ein Ausgleich erstattet wird. Stadtwerke und VVG verkaufen die Fahrkarten unter Vorlage des Nachweises zum Wohnort Petersweiher zum Preis der RMV-Stufe 1 (Gießen-Tarif) an die Kunden. Die Nutzerzahlen belaufen sich nach der letzten Ermittlung der SWG auf 5 – 10 Monatskarten sowie 10 Jahreskarten für Erwachsene; ferner auf 10 – 12 Monatskarten und 10 Jahreskarten für Auszubildende. Für Wochenkarten war kein kontinuierlicher Verkauf feststellbar. Die Gesamtzahl der Fahrgäste mit Zeitkarten betrug durchschnittlich 40 pro Tag.

Der Einzelfahrkartenverkauf beläuft sich nach Angaben des RKH auf derzeit einen Fahrgast täglich (264 pro Jahr). Somit wären für Hin- und Rückfahrt zwei Fahrkarten täglich zugrunde zu legen. Es ergäbe sich demnach ein durchschnittlicher Erstattungsbetrag von 0,80 Euro pro Tag.

2. Lösungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung hat im Rahmen der Haushaltsplanberatung für

2005 einem Antrag der Fraktionen CDU, FWG und FDP zugestimmt, nachdem auf der Haushaltsstelle 1.7920.716000.8 (Seite 4.244) der Haushaltsansatz zur Erstattung der Differenz im Tarifwesen der ÖPNV für Einwohner in Petersweier um 1.000,- Euro erhöht werden soll.

Die städtischen Ämter sind gleichwohl der Auffassung, dass für die Erstattung der Kosten für Einzelfahrten zwischen Petersweier und dem übrigen Stadtgebiet eine Satzung der Universitätsstadt Gießen vonnöten ist. Diese Satzung wird der Stadtverordnetenversammlung voraussichtlich in der 1. Sitzung nach der Sommerpause vorgelegt werden.

Erstattungsberechtigte sollen demnach den Differenzbetrag zwischen den RMV-Tarif-Stufen 1 und 2 bei Einzelfahrten zwischen Petersweier und dem übrigen Stadtgebiet erstattet bekommen.

Die erworbenen und gesammelten Einzel-Fahrkarten sind unter Vorlage des Personalausweises persönlich im Stadtbüro, Bismarckstraße 5, 35390 Gießen vorzulegen.

Fahrkarten können ab dem Tag des Inkrafttretens der Satzung gesammelt werden. Sie dürfen jedoch bei der Vorlage im Stadtbüro nicht älter als drei Monate sein und müssen sich in einem gut lesbaren Zustand befinden.

Für das Haushaltsjahr 2007 soll eine neue Haushaltsstelle im Unterabschnitt 7920 eingerichtet werden. Mittelverwaltendes Amt soll das Büro für Magistrat, Information und Service sein.“

• **Frage von Frau Katharina Volk:**

„Hat es am Abend des 31. Mai, also nach der Demonstration gegen Studiengebühren und nach dem Besuch von Demonstranten des Stadtbüros eine Besprechung im Stadtbüro gegeben, an welchem Oberbürgermeister Haumann, Stadtrat Rausch und Innenminister Bouffier teilgenommen haben?“

Antwort Oberbürgermeister Haumann (vorgetragen von Stadtrat Dr. Kölb):

„Es hat keine Besprechung im Stadtbüro stattgefunden, an der die genannten Personen gemeinsam teilgenommen haben. Es hat vielmehr einen Besuch von Oberbürgermeister Haumann gegeben, während dessen er sich als Dienstvorgesetzter über die Lage vor Ort und das Befinden seiner betroffenen Mitarbeiter informierte. Auch Herr Stadtrat Rausch als zuständiger Dezernent für das Ordnungsamt als Genehmigungsbehörde und Herr Innenminister Bouffier haben sich - so wie andere Funktionsträger auch - im Laufe des Abends ein Bild von der Lage und vom Befinden der Mitarbeiter gemacht.“

2. Frage:

„Gab es Überlegungen, das Stadtbüro am nächsten Tag geschlossen zu halten.“

Antwort Oberbürgermeister Haumann (vorgetragen von Stadtrat Dr. Kölb):

„Angesichts der für jeden offensichtlichen Verwüstungen der Arbeitsplätze sowie des Publikumsbereichs und angesichts der zu diesem Zeitpunkt und in dieser Lage noch nicht möglichen Einschätzung des Schadens und der Schadensfolgen für die Arbeitsfähigkeit des Stadtbüros gab es an diesem Abend natürlich Überlegungen, das Stadtbüro am nächsten Tag für eine unbestimmte Zeit geschlossen zu halten, um die notwendigen Aufräumarbeiten und Schadensbehebungen vornehmen zu können.

Dieses wäre auch notwendig gewesen, wenn sich die anfängliche Befürchtung bewahrheitet hätte, das Arbeitsgeräte (vor allem PCs) zu Schaden gekommen wären. Es ist vielmehr dem engagierten Einsatz und der freiwilligen Mehrarbeit des Personals des Stadtbüros zu verdanken, dass die Schließung nicht erforderlich wurde. Dabei handelte es sich jedenfalls nicht um einen Verdienst der Demonstranten.“

Zusatzfrage von Frau Volk:

„Welche Gründe sprechen dafür, dass Innenminister Bouffier zu diesem Zeitpunkt im Stadtbüro anwesend war?“

Antwort Stadtrat Dr. Kölb:

„Ich kann Ihnen die Frage nur insoweit beantworten, dass ich vermute, dass Innenminister Bouffier als oberster Chef der Hessischen Polizei vor Ort war.“

• **Frage von Kai Dietzel:**

„Mit der Erhebung von Studienbeiträgen wird sich die Kaufkraft und Anzahl der in Gießen Studierenden signifikant verringern. Wie wird die Stadt Gießen diesen Verlust kompensieren?“

Antwort Oberbürgermeister Haumann (vorgetragen von Stadtrat Dr. Kölb):

„Ihre Annahme der Entwicklung der Studierendenzahl wird von mir nicht geteilt. Generell gehe ich davon aus, dass überall in der Bundesrepublik Deutschland in absehbarer Zeit Studiengebühren eingeführt werden. Daher werden sich die Auswirkungen auf die Anzahl der Studierenden relativieren.“

2. Frage:

„Wie erklärt sich die seitens der Stadt in Pressemitteilungen und Strafanzeige zunächst überhöht und dann wechselnd dargestellte Schadenshöhe der Vorgänge im Stadtbüro vom 31.05.2006?“

Antwort Oberbürgermeister Haumann (vorgetragen von Stadtrat Dr. Kölb):

„Zu keiner Zeit hat sich der Magistrat in Pressemitteilungen über die Schadenshöhe der Vorgänge geäußert. Die von der Presse veröffentlichten Zahlen kommen aus einem Interview unmittelbar nach der Besetzung des Stadtbüros und entsprechenden Schätzungen des ersten Eindrucks. Den Sprechern des ASTAs der Justus-Liebig-Universität Gießen wurde bei einem Gespräch die Höhe des Fremdschadens mit

4.700,- € mitgeteilt.“

3. Frage:

„Wie positionieren sich die Mitglieder des Fachausschusses/der Magistrat zu dem von der Hessischen Landesregierung eingereichten Gesetzesentwurf ‚Studienbeitragsgesetz‘?“

Antwort Oberbürgermeister Haumann (vorgelesen von Stadtrat Dr. Kölb):

„Die Gesetzgebung im Hessischen Landtag ist nicht Gegenstand der Beratungen des Magistrats der Universitätsstadt Gießen.“

Zusatzfrage von Herrn Dietzel:

„Auf die erste Frage ist er überhaupt nicht eingegangen, was die Kaufkraft angeht, selbst wenn, wie er das sagt, ... (nicht verständlich) wird die Kaufkraft der Studierenden in jedem Falle sinken. Deswegen bleibt dann auch die Frage aufrecht erhalten, wie das die Stadt kompensieren möchte?

Zweitens, eine Rückfrage, weil es hieß, es wäre dem ASTA eine Zahl von 4.700,- € mitgeteilt worden, meine Informationen sagen, dass dem ASTA gegenüber eine andere Zahl genannt wurde.

Ich würde gerne wissen, welche Schadenshöhe in den Strafanzeigen angegeben wurde, einmal was dazu an Schadenshöhe im Stadtbüro entstanden ist und was außerhalb des Stadtbüros entstanden ist.“

Antwort Stadtrat Dr. Kölb:

„Die Schäden kann ich hier wie folgt beziffern:

Zerstört wurden vier Plastikeinlagen eines Prospektständers - 211,49 € und ein Blumentopf - 6,- €. Aufgrund der Besetzung und anschließenden Aufräumarbeiten sind Personalmehrkosten in Höhe 680,03 € entstanden. Die Beseitigung und Vernichtung des durch die Aufräumarbeit entstandenen Müllaufkommens betrug ca. 250,- €. Die Kosten für die Erneuerung des zerstörten Geländers vor dem Stadtbüroeingang belaufen sich auf ein von der Firma Faber & Schnepf geschätzte 2.700,- €. Die notwendig gewordene Fassadenreinigung verursachte nach Angaben der Firma Faber & Schnepf Kosten in Höhe von geschätzt 1.300,- €.“

Frage von Stv. Loheide:

„Gibt es denn noch, was die Kaufkraft angeht, eine Abschätzung seitens des Magistrats, wird die noch nachgereicht?“

Antwort Stadtrat Dr. Kölb:

„Ich glaube, die Antwort von Herrn Oberbürgermeister war relativ einfach und deutlich. Er hat, ich sage es noch einmal, gesagt, da wir davon ausgehen, dass Studiengebühren in ganz Deutschland eingeführt werden und nicht nur in Hessen, wird sich das an Studierende, ich will es mal so formulieren, Abzug aus Gießen so gut wie nicht auswirken.“

2. **Proteste der Studierenden**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2006 -

STV/0170/2006

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen hat Verständnis für die Proteste der Studierenden der Justus-Liebig-Universität Gießen und der Fachhochschule Gießen-Friedberg gegen die Pläne der Hessischen Landesregierung bzw. der Landtagsfraktion der CDU zur Erhebung allgemeiner Studiengebühren ab dem Wintersemester 2007/2008.
2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Studierenden auf, bei ihren Demonstrationen und Aktionen die Rechte unbeteiligter Dritter zu respektieren und deren berechnete Interessen nicht ohne Not und nicht über Gebühr zu beeinträchtigen. Insbesondere darf die Grenze zur Gewalt gegen Personen und Sachen nicht überschritten werden.
3. Die Stadtverordnetenversammlung ist sich bewusst, dass Aktionen des begrenzten Regelverstoßes (Go-Ins, Sitzblockaden u.ä.) seit vielen Jahren zu weit verbreiteten Mitteln des gewaltfreien demokratischen Protestes geworden. Sie fordert alle Seiten auf, im Falle der Anwendung solcher Mittel auch weiterhin den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit von Mittel und Ziel im Auge zu behalten und zu wahren.
4. Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird deshalb aufgefordert, angesichts der geringen Schäden und angesichts der Tatsache, dass Vertreter der Studierenden sich bei den Beschäftigten des Stadtbüros für die Beeinträchtigungen während der Aktion vom 31. Mai entschuldigt haben, auf Strafanzeigen zu verzichten, respektive die diesbezüglichen Strafanzeigen zurück zu ziehen.

Stv. Grabe-Bolz begründet für die antragstellende Fraktion die Vorlage STV/0170/2006. Unter anderem führt sie aus, dass die jungen Leute wegen ihrer Proteste nicht kriminalisiert werden dürfen. Der Tatbestand sei auch wegen der Schadenshöhe nicht so gravierend, dass man deswegen die Studenten mit einer Anzeige überziehen müsse, zumal sich der Allgemeine Studentenausschuss (Asta) entschuldigt habe.

Stv. Janitzki wirft dem Magistrat, der Polizei und der Presse vor, die Vorgänge im Stadtbüro aufgebauscht zu haben, um das Anliegen der Studierenden und die Demonstranten selbst zu kriminalisieren. In diesem Zusammenhang verweist er auf Interview-Äußerungen von Oberbürgermeister Haumann und Polizeipräsidenten Manfred Schweizer, die von Zerstörungen und Verwüstungen gesprochen hätten. Aus diesem Grund wird der Antrag seiner Fraktion (Die Linke.) um einen weiteren Punkt (3.) ergänzt, der wie folgt lautet:

„3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert Oberbürgermeister Haumann auf, seine im Zusammenhang mit der sogenannten Besetzung des Stadtbüros gemachten Äußerungen in der Öffentlichkeit (z. B. Zerstörungen und Beschädigungen im Stadtbüro, FR 08.06.06) zurück zu nehmen und richtig zu stellen.“

Stv. Greilich merkt an, dass bei allem Verständnis für die Proteste es nicht angehen könne, dass Eigentum Dritter beschädigt wird. Des Weiteren erklärt sie, die Stadt könne schon deshalb die Anzeige nicht zurückziehen, da ansonsten der Schaden von der Versicherung nicht beglichen werde.

Stv. Dr. Deetjen ist der Ansicht, dass man als Stadtverordnetenversammlung keine Aufgaben der Judikative übernehmen könne. Die Aufarbeitung der Geschehnisse im Stadtbüro sei Sache der Ermittlungsbehörden.

Stv. Lange widerspricht der Aussage von Stv. Dr. Deetjen. Sich gerade als Grüner derart positivistisch zu einer Protestform zu äußern, sei blamabel. Wenn die Fraktion der Grünen vor der Wahl ihren Wählern gesagt hätte, dass sie mit den Schwarzen koalieren werde, hätten sie zwei Sitze weniger in der Stadtverordnetenversammlung erhalten.

An der weiteren ausführlichen Diskussion beteiligen sich die Stv. Janitzki, Loheide, Pukownick, Beltz, Grabe-Bolz, Grothe und Sauer.

Stv. Greilich bittet, die Punkte des SPD-Antrages einzelnen abzustimmen.

Beratungsergebnis:

Ziffer 1. wird einstimmig zugestimmt.

Ziffer 2. wird einstimmig zugestimmt.

Ziffer 3. wird mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)

Ziffer 4. wird mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)

**3. Proteste in Gießen gegen die Studiengebühren
- Antrag der Die Linke-Fraktion vom 13.06.2006 -**

STV/0172/2006

Antrag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Oberbürgermeister Haumann auf, eine Erklärung zu den Protesten in Gießen gegen die Studiengebühren und seinen diesbezüglichen Äußerungen abzugeben, wobei er insbesondere die folgenden Punkte behandeln sollte:

- genaue Schilderung der sogenannten Besetzung des Stadtbüros nach der Demonstration am 31. 5. 06
- genaue Beschreibung der Sachbeschädigungen und Bezifferung des Schadens
a) im Stadtbüro und b) vor dem Stadtbüro

- Begründung für die (angekündigte) Anzeige wegen Hausfriedensbruches und Sachbeschädigung
2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, die Anzeigen wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung zurückzuziehen bzw. nicht zu stellen.

Der Antrag wurde von der antragstellenden Fraktion um einen Punkt 3. erweitert (siehe Diskussion unter TOP 2):

3. *Die Stadtverordnetenversammlung fordert Oberbürgermeister Haumann auf, seine im Zusammenhang mit der sogenannten Besetzung des Stadtbüros gemachten Äußerungen in der Öffentlichkeit (z. B. Zerstörungen und Beschädigungen im Stadtbüro, FR 08.06.06) zurück zu nehmen und richtig zu stellen.*

Beratungsergebnis:

Es wird um getrennte Abstimmung der einzelnen Unterpunkte unter Punkt 1. und der Punkte 2. und 3. gebeten.

Punkt 1., erster Unterpunkt, wird einstimmig zugestimmt.

Punkt 1., zweiter Unterpunkt, wird mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)

Punkt 1., dritter Unterpunkt, wird mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/FDP; Ja: SPD/LINKE; StE: GR)

Punkt 2. wird mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)

Punkt 3. wird mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)

4. Wahl von Stadtverordneten für städtische Kommissionen STV/0142/2006 - Antrag des Magistrats vom 07.06.2006 -

Antrag:

In die unter den Buchstaben A. bis K. aufgeführten Kommissionen der Universitätsstadt Gießen werden folgende Stadtverordnete als stimmberechtigte Mitglieder und deren Stellvertreter/innen gewählt:

A. Schulkommission

Stimmberechtigte Mitglieder:

Stellvertreter/innen:

- 1.
- 2.
- 3.

Nachrücker/innen:

B. Sportkommission

Stimmberechtigte Mitglieder:

- 1.
- 2.
- 3.
- 4.
- 5.

Nachrücker/innen:

C. Beirat der Volkshochschule

Stimmberechtigte Mitglieder:

Stellvertreter/innen:

- 1.
- 2.
- 3.
- 4.
- 5.

Nachrücker/innen:

D. Verwaltungsausschuss des Jugendbildungswerkes

Stimmberechtigte Mitglieder:

Stellvertreter/innen:

- 1.
- 2.
- 3.

Nachrücker/innen:

E. Beirat zur Unterbreitung von Vorschlägen für die Benennung von Straßen und Plätzen in der Universitätsstadt Gießen

Stimmberechtigte Mitglieder:

Stellvertreter/innen:

- 1.
- 2.
- 3.

Nachrücker/innen:

F. Kommission zur Verleihung der Goldenen Ehrennadel der Universitätsstadt Gießen

Stimmberechtigte Mitglieder:

- 1.
- 2.
- 3.

Nachrücker/innen:

G. Kommission Städtepartnerschaft mit San Juan del Sur/Nicaragua

Stimmberechtigte Mitglieder:

- 1.
- 2.
- 3.

Nachrücker/innen:

H. Stadtteilbeirat Gießener Nordstadt

CDU
SPD
B'90/Die Grünen:
Die Linke
FDP
FW
BLG

Nachrücker/innen:

I. Jugendhilfeausschuss

Stimmberechtigte Mitglieder:

Stellvertreter/innen:

- 1.
- 2.
- 3.
- 4.
- 5.
- 6.

Nachrücker/innen:

J. Beirat der Kommunalen Musikschule Gießen

Stimmberechtigte Mitglieder:

- 1.
- 2.
- 3.
- 4.
- 5.

Nachrücker/innen:

K. Seniorenbeirat

Stimmberechtigte Mitglieder:

Stellvertreter/innen:

- 1.
- 2.
- 3.
- 4.
- 5.
- 6.

Nachrücker/innen:

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

5. **Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds der Regionalversammlung für die Planungsregion Mittelhessen** **STV/0143/2006**
- Antrag des Magistrats vom 07.06.06 -
-

Antrag:

In die Regionalversammlung für die Planungsregion Mittelhessen werden von Seiten der Universitätsstadt Gießen gewählt:

Mitglied

stellvertretendes Mitglied

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

6. **Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für die Verbandsversammlung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Kommunale Informationsverarbeitung in Hessen (KGRZ KIV in Hessen)** **STV/0144/2006**
- Antrag des Magistrats vom 07.06.2006 -
-

Antrag:

1. Als Vertreter/in der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des KGRZ KIV in Hessen wird gewählt:
2. Als Stellvertreter/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des KGRZ KIV in Hessen wird gewählt:

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

7. **Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Gießen** **STV/0145/2006**
- Antrag des Magistrats vom 07.06.2006 -
-

Antrag:

1. Als Vertreter/in der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Gießen wird gewählt:
2. Als Stellvertreter/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Gießen wird gewählt:

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

8. Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Kleebach - Antrag des Magistrats vom 07.06.2006 - **STV/0146/2006**

Antrag:

1. Als Vertreter/in der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes Kleebach wird gewählt:
2. Als Stellvertreter/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes Kleebach wird gewählt:

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

9. Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für den Verbandsvorstand des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke - Antrag des Magistrats vom 08.06.2006 - **STV/0147/2006**

Antrag:

1. Als Vertreter/in der Universitätsstadt Gießen im Verbandsvorstand des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke wird gewählt:
2. Als Stellvertreter/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen im Verbandsvorstand des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke wird gewählt:

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

10. **Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Lahn-Ohm - Antrag des Magistrats vom 08.06.2006 -** **STV/0148/2006**
-

Antrag:

1. Als Vertreter/in der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes Lahn-Ohm wird gewählt:
2. Als Stellvertreter/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes Lahn-Ohm wird gewählt:

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

11. **Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke - Antrag des Magistrats vom 08.06.2006 -** **STV/0149/2006**
-

Antrag:

1. Als Vertreter/in der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke wird gewählt:
2. Als Stellvertreter/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke wird gewählt:

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

12. **Wahl von stimmberechtigten Mitgliedern und deren Stellvertreter/innen für den Jugendhilfeausschuss nach der Satzung für das Jugendamt der Universitätsstadt Gießen** **STV/0153/2006**
-

Antrag:

Als stimmberechtigte Mitglieder und deren Stellvertreter/-innen für den Jugendhilfeausschuss werden gemäß nachstehender Aufstellung gewählt:

Gemäß § 4 (1) b):

3 Personen, die in der Jugendhilfe sachkundig und erfahren sind. Darunter soll eine Person sein, die die Belange ausländischer Einwohnerinnen und Einwohner wahrnimmt sowie eine in der Jugendhilfe erfahrene Frau aus der Mädchenarbeit.

ausl. Vertreter/-in Mädchenarbeit	stimmberech. Mitglied	Stellvertreter/-in
	Mostafa Farman	Edin Muharemovic
	Ingrid Kaiser	soll nachgereicht werden
	Thomas Dörr	Diana Schwarz

Gemäß § 4 (1) c):

6 Personen, die von den in der Universitätsstadt Gießen wirkenden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe vorgeschlagen werden. Darunter müssen 3 Vertreter/-innen der Jugendverbände sein; sie können vom Stadtjugendring vorgeschlagen werden.

Träger der freien Jugendhilfe

stimmberechtigtes Mitglied	Stellvertreter/-in
Ute Kroll-Naujoks	Werner Schäfer-Mohr
Bernhard Brantzen	Gerhard von Niebelschütz
Astrid Dietmann-Quurck	Annette Maiwald-Boehm

Jugendverbände

stimmberechtigtes Mitglied	Stellvertreter/-in
Ralf Volgmann	Frank Unger
Hans-Jürgen Hoerder	Uwe Schmidt
Stefanie Paul	Annke Rinn

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

13. **Übertragung der Zuständigkeit für Abwasserentsorgung im Geltungsbereich des Bebauungsplans "Auf der Hardt" auf die Gemeinde Heuchelheim** **STV/0124/2006**
- Antrag des Magistrats vom 30.05.2006 -
-

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, den beigefügten Vertrag mit der Gemeinde Heuchelheim abzuschließen und dem Regierungspräsidium Gießen zur Genehmigung vorzulegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

14. Empirische Untersuchung der niedrigen Wahlbeteiligung (Kommunalwahl 2006) STV/0069/2006
- Antrag der SPD-Fraktion vom 10.05.2006 -

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat eine empirische Untersuchung zu den Gründen der niedrigen Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl vom 26. März 2006 in Gießen zu beauftragen. Hierbei ist eine Kooperation mit der Justus-Liebig-Universität Gießen anzustreben. Im Zentrum der Untersuchung sollen möglicherweise bestehende Gründe für die Passivität der Wählerinnen und Wähler stehen, die im Handlungs- und Verantwortungsfeld kommunaler Politik stehen.

Nach der erfolgten Diskussion, an der sich die Stv. Dr. Deetjen, Loheide, Schirmer, Greilich, Lange, Möller und Tanriverdi, **ändert Stv. Loheide für die SPD-Fraktion den Antrag wie folgt:**

„In der nächsten HFWR-Sitzung werden zwei Wissenschaftler zu einer Anhörung eingeladen. Hierbei ist zu klären, ob eine empirische Untersuchung zu den Gießen spezifischen Gründen der niedrigen Wahlbeteiligung durchgeführt, welche Umfragen und Ergebnisse bereits vorliegen, wie und in welcher Form eine solche Umfrage durchzuführen wäre.“

Beratungsergebnis: Der so geänderten Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

15. Kostenfreies letztes Kindergartenjahr STV/0151/2006
- Antrag der FW-Fraktion vom 07.06.2006 -

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert:

1. Bis zur Vorlage des Entwurfs des Haushaltes 2007 eine Kostenberechnung vorzulegen, aus der die voraussichtlichen zusätzlichen Kosten für den städtischen Haushalt ab dem Jahr 2007 für den Fall eines kostenlosen letzten Kindergartenjahres ersichtlich sind.

2. Der Stadtverordnetenversammlung rechtzeitig eine Änderung der Gebührensatzung mit der kostenlosen Nutzung der städtischen Kindergärten im Jahr vor der Einschulung in die Grundschule ab dem Jahr 2007 zur Beschlussfassung vorzulegen.
3. Die notwendigen Mehrkosten im Haushaltsentwurf 2007 zu berücksichtigen.

Vorsitzende verweist auf die Diskussion und das Abstimmungsverhalten des Ausschusses für Soziales, Familie, Jugend und Sport hin. In dieser Sitzung wurde das Thema ausführlich beraten.

Stv. Möller schlägt vor, dass sich der HFWR-Ausschuss dem Abstimmungsverhalten des Sozialausschusses anschließen solle.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Beratungsergebnis:

Der HFWR-Ausschuss schließt sich einvernehmlich dem Abstimmungsvotum des Ausschusses für Soziales, Familie, Jugend und Sport an.

**16. Aktionsplan nach § 47 Abs. 2 BimSchG STV/0158/2006
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP vom 13.06.2006 -**

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung wird beauftragt, unverzüglich einen Aktionsplan nach § 47 Abs. 2 BimSchG aufzustellen und der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**17. Internetübertragung der Stadtverordnetenversammlung STV/0166/2006
- Antrag der FW-Fraktion vom 07.06.2006 -**

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert die technischen Voraussetzungen zur Übertragung der Stadtverordnetenversammlungen auf der Internetseite www.giessen.de zu schaffen, mit dem Ziel der live Übertragung der Stadtverordnetenversammlung.

Stv. Zippel begründet kurz für die antragstellende Fraktion die Vorlage.

Stv. Greilich findet den Antrag zu weitgehend, sie schlägt vor, dass der Magistrat erst einmal prüfen solle, ob solch ein Ansinnen denn auch durchgeführt werden könne. **Sie stellt daher folgenden Änderungsantrag:**
„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert zu berichten, mit welchem technischem Aufwand und mit welchen Kosten Sitzungen der öffentlichen Ausschüsse und Stadtverordnetenversammlungen auf der Internetseite der Stadt Gießen live übertragen werden können und ob einer solchen Übertragung rechtliche Hindernisse entgegenstehen“.

Der Bericht soll der Stadtverordnetenversammlung möglichst zur Sitzung am 21.09.2006 vorliegen.“

Nach einer kurzen Diskussion, an der sich die Stv. Janitzki, Loheide und Dr. Deetjen beteiligen, erklärt **Stv. Zippel**, dass er den Änderungsantrag für die FW-Fraktion übernehme. Der „alte“ Antragstext sei damit hinfällig.

Stv. Möller gibt zu Protokoll, dass bereits mehrfach kritisiert worden sei, dass zwei hauptamtliche Magistratsmitglieder (Oberbürgermeister Haumann und Stadtrat Rausch) an der Sitzung nicht teilnehmen. Er bittet zur Kenntnis zu nehmen, dass beide fehlenden Personen an einer parallel stattfindenden Kreistagssitzung teilnehmen, da sie Mitglieder des Kreistags seien.

Beratungsergebnis:

Der so geänderten Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

18. Vermarktung der freiwerdenden gewerblich nutzbaren Flächen im US-Depot - Antrag der FW-Fraktion vom 07.06.2006 - STV/0167/2006

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert mit dem Kreis Gießen darauf hinzuwirken, dass zusammen mit den Umlandgemeinden die freiwerdenden Flächen im US-Depot gemeinsam vermarktet werden. Angestrebt werden soll eine interkommunale Trägerschaft zur Vermarktung dieser Gewerbeflächen oder die Gründung einer öffentlich-privaten Entwicklungsgesellschaft.

Stv. Zippel begründet für die antragstellende Fraktion den Antrag.

Stv. Möller appelliert an die FW-Fraktion, den Antrag in der Beratung zurückzustellen, da die Antragstellung zum jetzigen Zeitpunkt ungeeignet sei. Solange nicht klar, was der Bund für das Gelände vorsehe, komme der Antrag zu früh.

Stv. Zippel erklärt, er müsse Rücksprache innerhalb seiner Fraktion halten;

solange bleibe der Antrag im Geschäftsgang.

An kurzen Diskussion beteiligen sich die Stv. Zippel, Möller, Sauer, Grothe, Loheide und Schirmer.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD; StE: LINKE)

**19. Genehmigung einer überplanmäßige Ausgabe gemäß § STV/0066/2006
100 HGO - Amt 65 -
- Antrag des Magistrats vom 7. Juni 2006**

Antrag:

Bei der Haushaltsstelle 2.2810.940320.040 - Ausbau u. Modernisierung Sporthalle Ost - wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von

510.000,00 €

genehmigt.

Deckung aus Haushaltsstellen:

2.2300.960100.060 - Sanierung Kunststoffkleinspielfeld LLS -	=	25.000,00 €
2.2400.940500.040 - Sanierung Theodor-Litt-Schule -	=	75.000,00 €
2.6100.940600.001 - Konversion Militärflächen -	=	80.000,00 €
2.6100.941300.001 - Gewerbefläche Lützellinden -	=	120.000,00 €
2.6150.940300.001 - Aufwertung Neustadt -	=	<u>210.000,00 €</u>
		<u>510.000,00 €</u>

Stadtrat Dr. Kölb verweist auf die am Nachmittag stattgefunden Begehung der Osthalle, bei der die Gründe, die zu den Kostensteigerungen geführt haben, dem Ausschuss erläutert wurden.

Stv. Tanriverdi schlägt vor, beim Land, das 2,5 Millionen Euro zuschießt, um einen Nachschlag zu bitten.

Stadtrat Dr. Kölb entgegnet: „Beim Land Hessen ist nicht mehr zu holen.“

Auf Antrag von **Stv. Janitzki** werden die nachfolgenden Ausführungen von Stadtrat Dr. Kölb wörtlich zu Protokoll genommen.

Stadtrat Dr. Kölb:

„Wir sind am Anfang bei der Maßnahme mit Kosten von 3,6 Millionen Euro

ausgegangen. Das heißt, der Zuschuss des Landes 2,5 Millionen und dann noch einmal 1,1 Millionen Euro von Seiten der Stadt. Vergangenen Sommer hat es uns dann erwischt, dass die Brandschutzmaßnahmen umfangreicher sind als wir uns das vorgestellt haben, bei einem solchen neuen Gebäude. Es waren noch mal etwa 580.000,- Euro. Jetzt sind wir bei den 510 T€, die wir erklärt haben. Das heißt, 4,7 Millionen Euro und wenn Sie davon die 2,5 Millionen abziehen, die das Land uns gibt, weil wir ja hier ein Basketballleistungszentrum errichtet wird, dann hoffe ich, dass wir für 2,2 Millionen eine Halle bekommen, die den modernen Anforderungen für eine Sporthalle entspricht. Mehr kann ich dazu im Moment nicht sagen.“

Stv. Sauer vermutet, dass das „Prestigeobjekt“ im Hinblick auf die Kommunalwahl überstürzt geplant worden sei.

Diese Aussage wird von Stadtrat Dr. Kölb zurückgewiesen.

Stv. Schirmer merkt an, Zeitdruck sei in erster Linie von den parallelen Entwicklungen in Wetzlar (MittelhessenArena) und Linden (LindenDom) ausgegangen. Es sei daher richtig von der Stadt Gießen gewesen, den Basketball-Standort Gießen mit der Entscheidung, die Osthalle aufzurüsten, zu sichern.

An der ausführlichen Diskussion beteiligen sich insgesamt die Stv. Tanriverdi, Möller, Sauer, Loheide, Greilich, Schirmer, Grothe, Herr Rücker (Hochbauamt) und Stadtrat Dr. Kölb.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt. (Ja: CDU/GR/LINKE/FDP; StE: SPD)

20. Rede- und Antragsrecht des Ausländerbeirates in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung - Antrag der SPD-Fraktion vom 13.06.2006 **STV/0162/2006**

Antrag:

Der Ausländerbeirat der Universitätsstadt Gießen erhält ab sofort Rede- und Antragsrecht in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung.

Eine Diskussion findet nicht statt, da bereits im Ausschuss für Soziales, Familie, Jugend und Sport ausführlich über dieses Thema diskutiert wurde.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE)

21. **Änderung der Richtlinien zum Gießen-Pass
- Antrag des Magistrats vom 22.06.2006 -**

STV/0192/2006

Antrag:

Die von der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen beschlossenen Richtlinien zum Gießen-Pass werden wie folgt geändert:

**§ 3 Nr. 1
Ermäßigungen**

...im öffentlichen Personennahverkehr im Verkehrsgebiet der Universitätsstadt Gießen für Einzelfahrscheine, Wochenkarten und Monatskarten mit Gültigkeit im Bereich der Universitätsstadt Gießen und der Gemeinde Heuchelheim.

**§ 5
Ausstellungsstellen**

Die Gießen-Pässe werden vom Magistrat der Universitätsstadt Gießen - Amt für soziale Angelegenheiten, Volkshochschule und Musikschule des Schulverwaltungsamtes - für Personen gemäß § 2 Nr. 1 a bis 1 f sowie dem Magistrat der Universitätsstadt Gießen - Jugendamt - für Personen gemäß § 2 Nr. 1 g ausgestellt.

**§ 8
Inkrafttreten**

Die Änderung der Richtlinien tritt zum 01.08.2006 in Kraft.

Stv. Janitzki erklärt, je eingehender er sich mit der Magistratsvorlage befasse, um so weniger könne er die Dringlichkeit der Vorlage erkennen. Der in der Vorlage aufgeführte Punkt Ermäßigungen im öffentlichen Personennahverkehr im Verkehrsgebiet der Universitätsstadt Gießen werde bereits aufgrund eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung durchgeführt und aktualisiere letztendlich die Richtlinie. Eine wirkliche gravierende Änderung stelle § 5 Ausstellungsstellen da. Dort heiße es: „Die Gießen-Pässe werden vom Magistrat der Universitätsstadt Gießen - Amt für soziale Angelegenheiten, Volkshochschule und Musikschule des Schulverwaltungsamtes - ausgestellt.“ Das heiße, dass die Gießen-Pässe in Zukunft nicht mehr von der Stadtwerke Gießen GmbH ausgestellt werden. Diese Entscheidung könne er nicht nachvollziehen. Er halte eine ausführliche Diskussion in der nächsten Ausschusssrunde, insbesondere im Ausschuss für Soziales, Familie, Jugend und Sport, für sinnvoll. Bei dieser Gelegenheit wäre es ratsam, den entsprechenden Mitarbeiter der Stadtwerke

Gießen AG einzuladen, damit er zu dem Thema Stellung nehme. Stv. Janitzki stellt daher den Antrag, die Vorlage bis zur Sitzungsrunde (nach der Sommerpause) zurückzustellen.

Der Antrag auf Zurückstellung wird mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/SPD/GR/FDP; Ja: LINKE)

Stadtrat Dr. Kölb merkt an, Grund für eine Änderung des § 5 sei seines Wissens, dass die Stadtwerke der Stadt Gießen Kosten für die Ausstellung des Gießen-Passes in Rechnung stellt. Das müsse sogar so erfolgen, da es sich um eine steuerpflichtige Leistung der Stadtwerke Gießen AG für die Stadt Gießen handele. Die Überlegung innerhalb der städtischen Ämter in Zusammenarbeit mit dem Oberbürgermeister sei die, dass die Stadt mit ihren eigenen Kräften die Arbeit wesentlich günstiger leisten kann.

Stv. Sauer interessiert, ob sich der Magistrat darüber Gedanken macht, dass durch Wegfall der zentralen Anlaufstelle Innenstadt als Ausgabestelle Gießen-Pass ein Problem zu Tage treten könne. Er fragt, ob Alternativangebote in der Gegend geschaffen werden sollen oder ob man sich darauf verlasse, dass die Antragsteller zur Ausgabe in den Aulweg kommen. Weiter möchte er wissen, ob es Konzepte zur Attraktivitätssteigerung des Gießen-Passes gibt.

Stadtrat Dr. Kölb sichert zu, dass die Fragen vom zuständigen Dezernenten, Herrn Oberbürgermeister Haumann, bis zur Stadtverordnetensitzung beantwortet werden.

Stv. Janitzki fragt nach, was die Stadtwerke Gießen AG der Stadt Gießen für das halbe Jahr der Gießen-Pass Ausgabe (01.07.2005 - 31.12.2005) in Rechnung gestellt hat.

Stadtrat Kölb erklärt, auch diese Frage soll von Herrn Oberbürgermeister Haumann bis zur Stadtverordnetensitzung beantwortet werden.

Beratungsergebnis:

- § 3 Nr. 1 - Ermäßigungen - wird einstimmig zugestimmt.
- § 5 - Ausstellungsstellen - wird mehrheitlich zugestimmt. (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; Nein: LINKE)
- § 8 - Inkrafttreten - wird einstimmig zugestimmt.

Die beiden nachfolgenden Vorlagen werden dem Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss zur Kenntnis gegeben:

22. **Über- und außerplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr 2005 bis 10.000,00 EUR** **STV/0136/2006**
- Antrag des Magistrats vom 06.06.06 -
-

Antrag:

Die beigefügte Auflistung der gemäß II.6 der Bemerkungen und Anweisungen zum Haushaltsplan genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 2005 geben wir zur Kenntnis. Die einzelnen Vorgänge können auf Wunsch in der Kämmererei - Abt. Finanzwesen - eingesehen werden.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

23. **Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 100 HGO (Gartenamt)** **STV/0139/2006**
- Antrag des Magistrats vom 06.06.06 -
-

Antrag:

Bei der Haushaltsstelle 2.2250.960000.3 060 - Sanierung Freianl. Alex.-v.-Humboldt-Schule - wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von

20.000,00 €

genehmigt.

Deckung aus Haushaltsstelle 2.2300.960300.0 060 - Außenanlage Cafeteria Herderschule -.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

24. **Verschiedenes**
-

Stv. Loheide merkt an, dass noch ein Bericht von Herrn Dr. Kaufmann zum Stand der geplanten Ausstellung über die Geschichte der Gießener Burschenschaften im Rahmen des 400 jährigen Jubiläums der Justus-Liebig-Universität ausstehe.

Stv. Janitzki erinnert an die Beantwortung einer Frage von Herrn Stv. Sauer in der 2. Stadtverordnetensitzung bezüglich der Umstellung von Kameralistik auf Doppik.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DIE VORSITZENDE:

(gez.) Eibelshäuser

DER SCHRIFTFÜHRER:

(gez.) Knoth